

Offener Brief an den Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Verbandsmitteilungen vom September haben Sie die das Positionspapier des HSGB an das Land Hessen im Bereich Kinderbetreuung formuliert.

Als Vater von drei Kindern, als Lehrer an einer hessischen Schule und als jemand, der seit Jahrzehnten kommunalpolitisch aktiv ist, habe ich dieses Positionspapier mit Interesse gelesen. Ich kann verstehen, dass es als parteiunabhängiger Verband, der die Interessen aller Gemeinden schwer ist, eine gemeinsame Position zu finden. Alle wollen eine Verbesserung ihrer Situation. Viele Akteure haben gute Gründe für ihre Ziele. Deshalb ist ein solches Positionspapier schwer aufzustellen. Dafür habe ich vollstes Verständnis.

Umso bedauerlicher finde ich es, dass das Interesse immer mehr Erstaunen und Ärger wick. Ich hätte wahrscheinlich an Ihrer Stelle ähnliche Punkte angeführt, doch hätte ich sie einer kritischen Bewertung unterworfen. Meine Kritik an diesem Positionspapier möchte ich in drei Teile unterteilen:

- Handwerklich genügt es an kaum einer Stelle den Anforderungen einer zusammenhängenden und nachvollziehbaren Argumentation. Die genannten Punkte brechen bei einem genaueren Hinsehen in sich zusammen und werfen mehr Fragen auf, als sie Antworten geben.
- Inhaltlich befindet man sich bei den Schuldzuweisungen in einem Familienbild des letzten Jahrtausends.
- Die Forderungen sollen niemanden der hauptamtlichen Politikerinnen und Politiker weh tun. Die Lasten müssen die kommenden Generationen schultern, weil sie schlechtere Startbedingungen erhalten sollen.

Handwerkliche Unzulänglichkeiten

Am Beispiel ihrer eigenen Zahlen will ich an ausgewählten Punkten deutlich machen, worum es geht. Sie legen Zahlen vor, nach denen:

- der Zuwachs an Kindern unvorhersehbar war,
- denn die Zahlen haben sich anders entwickelt, als 2008 (!) prognostiziert.

Dazu drängen sich folgende Fragen auf:

- Fand in den letzten 14 Jahren keine Aktualisierung statt?
- Aus welcher Prognose stammen die Daten?
- Befinden sich die Mitgliedskommunen seit 14 Jahren in einem prognostischen Blindflug? Dank des HSGB?

Besonders undrucksichtig sind die Ausführungen zu den steigenden Zahlen. Hier feiert sich der HSGB dafür, dass das pädagogische Personal um 50,9 Prozent gestiegen sei, während im Bereich der zu betreuenden Kinder der Anstieg bei 16 Prozent lag. Die Fragen, die nicht beantwortet werden:

- Wo liegt das Problem?
- Sind nur die Köpfe oder Vollzeit-Äquivalente gezählt worden?
- Was begreift der HSGB in dieser Darstellung als pädagogisches Personal?

Festzuhalten bleibt, dass Sie die Mindestanforderungen an Statistiken erfüllen: keine Quellenangaben, verzerrte Darstellung, Zusammensetzung der Daten. Jeder dieser Punkte wäre ein K.O.-Kriterium in einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Freche Schuldzuweisungen

Sie beschreiben, dass zunehmend zwei Elternteile arbeiten wollen und dadurch der Betreuungsbedarf steige. Diese Beschreibung kann in diesem Kontext bedeuten, dass:

1. gefällt ein Elternteil zu Hause bleiben sollte. In der realen gesellschaftlichen Situation wäre dies meist die Frau.
2. Sie ausblenden, dass viele Kommunen gerne Neubaugebiete ausgewiesen haben. Dabei generieren sie einerseits Einnahmen durch den Grundstücksverkauf und einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer.
3. Sie unerwähnt lassen, dass - wie bei kommunizierenden Röhren - der Finanzierungsbedarf in der Infrastruktur steigt. Eben auch der im Bereich der Kinderbetreuung.

Festzuhalten bleibt, dass sich hier missverständlich ausgedrückt wurde und auf die Zusammenhänge gar nicht eingegangen wurde.

Die eierlegende Wollmilchsau für Kommunen und Land

Nach dieser intensiven Lektüre kommt man dann zur Frage: Was fordert der HSGB? Die sinngemäße Antwort?

- Senkt die Standards,
- lässt die Gemeinden machen,
- macht weniger Vorgaben.

Vorteile für die Gemeinden? Kostenersparnis. Leistungen des Landes? Keine.

Enttäuscht frage ich mich:

- Wo bleibt die Forderung nach einer kostendeckenden Betriebskostenübernahme durch das Land?
- Wo bleibt die Forderung nach entsprechender Vergütung derjenigen, die unsere Zukunft - unsere Kinder - betreuen?
- Wo bleibt die Kritik an der Landesregierung?

Festzuhalten bleibt, dass der Konflikt mit der Landespolitik an dieser Stelle verlagert werden soll und die Frage nach den Mitteln nicht gestellt wird. Somit entlässt der HSGB das Land aus der Verantwortung, endlich für eine ordentliche Finanzierung zu sorgen.

Handlungsalternative: Mehr und besser Bildung von Anfang an

Aus eigener Anschauung weiß ich, welche gute Arbeit Erzieherinnen und Erzieher machen. Hier gilt es anzusetzen. Wir benötigen ein Umdenken im Bereich der Kindererziehung. Dabei muss man aus meiner Sicht auf folgende Fragen antworten geben:

- Wie schaffen wir es mehr qualifiziertes Personal in den Einrichtungen zu erhalten?
- Wie können wir sicherstellen, dass es genügend Personal gibt?
- Wie schaffen wir Arbeitsbedingungen für eine gelingende frühkindliche Bildung?
- Wie schafft es der HSGB seinen Mitgliedern zu vermitteln, dass es nicht um eine reine Kinderbetreuung geht, sondern um Bildung, die ihren Wert hat?

Antworten auf diese drängenden Fragen hatte ich mir bei der Lektüre gewünscht. Stattdessen scheint es, dass die Anforderungen des HSGB hinter den gesellschaftlichen Anforderungen zurückbleibt.

Unsere Kinder benötigen mehr als das.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Voß